

# PRESSEMITTEILUNG

Nr. 21 – 2016

Berlin/Augsburg, den 28.10.2016

## Faktencheck Gesundheitspolitik ! Teil 1

Der anhaltende Aktionismus in der Gesundheitspolitik zwingt uns zu einem aktuellen Faktencheck und zwar bezogen auf die Auswirkungen des Gesetzgebers in dieser Legislaturperiode auf die Interessen der Bürger.

Der nachfolgende Auszug aus den vielfältigen gesetzgeberischen Überlegungen, Maßnahmen und Entscheidungen könnte als konstruktives Ergebnis einer zukunftsorientierten Gesundheitspolitik genutzt werden oder wird als Eigenlob von der Politik leider täglich genutzt.

- Haushaltsbegleitgesetz zum Gesundheitsfonds
- Medizinprodukte-Durchführungsverordnung
- Pflege-Neuausrichtungsgesetz (PNG)
- Transplantationsgesetz
- Krankenhausfinanzierung
- Krebsfrüherkennungs- und Registergesetz (KFRG)
- Patientenrechtegesetz
- Transplantationsgesetz
- Notfallsanitätergesetz
- 14.SGB V Änderungsgesetz
- Gesundheitsfonds – Bundeshaushalt 2014
- GKV-Finanzstruktur- und Qualitätsweiterentwicklungsgesetz
- erstes Pflegestärkungsgesetz (PSGI)
- E-Health Gesetz
- Fünftes SGB IV-Änderungsgesetz
- GKV-Versorgungsstärkungsgesetz GKV-VSG)
- Hospiz- und Palliativgesetz (HPG)
- Krankenhaus Strukturreform (KHSG)
- Präventionsgesetz
- Zweites Pflegestärkungsgesetz (PSG III)
- Arzneimittel-Versorgungsstärkungsgesetz (AM-VSG)
- Heil- und Hilfsmittelversorgungsgesetz (HHVG)
- Reform der Pflegeausbildung
- Transplantationsregistergesetz (TxRegG)
- usw.

Nach unserer Faktenanalyse tragen und werden diese gesetzlichen Maßnahmen und Planungen nicht dazu beitragen, dass die Strukturen des Gesundheitswesens erhalten, gesichert und dem steigenden Bedarf angepasst verbessert werden.

1. Die Anforderungen der Gegenwart und Zukunft auf der Grundlage der demografischen, technischen Entwicklungen finden nur eine eingeschränkte Berücksichtigung. Es steht fest, dass der Finanzbedarf, der Bedarf an qualifiziertem Personal, die Anzahl von Versorgungseinrichtungen erheblich

ansteigen wird. Gleichzeitig wird von der Gesundheitspolitik aktuell verkündet, dass es im Jahr 2017 keine Anhebung der Zusatzbeiträge zur gesetzlichen Krankenversicherungen für die Bürger geben wird. Der Wähler/Bürger/Versicherte und Patient wird also getäuscht und fehlinformiert und zwar aus wahltaktischen Gründen.

2. Obwohl für den Laien/Bürger/Versicherten nachvollziehbar ist, dass der Verlust der Parität zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei der Festlegung der Beitragssätze zur gesetzlichen Krankenkasse zu einem jährlichen Finanzloch von ca. 5 Milliarden Euro geführt hat, erfolgt keine Änderung dieser destruktiven Entscheidung. Im Gegenteil durch die Vielzahl der Gesetze und Verordnungen wird an der Kostenschraube gedreht und an der Rationierung von Leistungen für die Versicherten und Patienten. Die Qualität wird minimiert und gefährdet.
3. Gleichzeitig wird realisiert, dass die ambulante medizinische Versorgung in eine Mangelverwaltung getrieben wird und verschönt wird durch den Aufbau von Terminvergabestellen mit noch mehr administrativen Aufwand. Eine dem individuellen Aufwand für die Versicherten und Patienten ausreichende und gerechte Vergütung für die Mediziner/Therapeuten/Apotheker wird verzögert oder behindert. Die Folge sind Versorgungsmängel zu Lasten der Patienten und wirtschaftliche Engpässe bei den freiberuflich tätigen Berufsgruppen.
4. Als Krönung dieser Entwicklung wird dann generiert, dass in der Zukunft die ambulante Versorgung in stationären Einrichtungen integriert wird. Dabei steht fest, dass die Kosten der individuellen Versorgung/Behandlung/Betreuung in einer stationären Einrichtung erheblich höher sind als im ambulanten Bereich.
5. Als Top-Agenda der falschen Gesundheitspolitik wird dann durch die Vergütungsformen DRG – Fallpauschalen dazu beigetragen, dass eine große Anzahl von stationären Einrichtungen nicht mehr existenzfähig ist und geschlossen werden muss. Somit treten dann regional Versorgungslücken auf, die auf dem Rücken der Beitragszahler ausgetragen werden.
6. Es gibt keinerlei Überlegungen der Gesundheitspolitik die Einnahmen der Kranken- und Pflegeversicherungen zu bündeln mit dem Ziel, die Schnittstellenbrüche in der Versorgung und Finanzierung durch unterschiedliche Budgets zu beenden. Dies jedoch unter Einbeziehung von Rehabilitationseinrichtungen und Maßnahmen der Rehabilitation und zwar bevor der Versicherte/Patient/Pflegebedürftige zu einem Pflegefall wird.
7. Insgesamt trägt keine der gesetzlichen Maßnahmen nachhaltig dazu bei, dass die notwendige und wichtige integrierte Versorgung/Behandlung/Betreuung der Versicherten/Patienten/Pflegebedürftigen verpflichtend realisiert wird. Damit könnten Mehrfachbehandlung, Fehlbehandlungen zu Gunsten des finanziellen Aufwands minimiert werden und gleichzeitig würde die Qualität gesteigert. Die bestehende Überversorgung führt automatisch zur Fehlversorgung und schädigt die Gesamtstrukturen des Gesundheitssystems. Die Folge sind Rationierung in Leistungen für die Versicherten und die Berufsgruppen und Institutionen der Versorgung/Behandlung/Betreuung.

8. Als unrealistisches Instrument der Politik wird dann ein Qualitätsinstitut neben den bereits vorhandenen Institutionen wie IQWiG, G-BA, InEK, usw. zusätzlich eingeführt. Damit soll mit immer weniger Vergütung und noch weniger Personal die Qualität der Versorgung gestärkt werden und gleichzeitig unqualifizierter Einfluss auf diese Einrichtungen durch die politischen Mandatsträger forciert werden.

**Zusammenfassung:**

Wir fordern die vorhandenen und zukünftigen politischen Mandatsträger auf, sich vollkommen neu zu orientieren und zwar an den gegenwärtigen und zukünftigen Anforderungen der Bürger an ein funktionierendes Gesundheitswesen auszurichten und nicht auf Täuschungsmanöver der Bürger durch gesetzlichen Aktionismus.

Wolfram – Arnim Candidus

Kontakt Pressestelle:

Präsident

**Bürger Initiative Gesundheit e.V.**

Im Namen des Gesamtvorstandes  
Bürger initiative Gesundheit e.V.

Beethovenstraße 2  
86150 Augsburg

----

Tel.: 0821 /50867960, Fax 0821/ 50867969  
[presse@buerger-initiative-gesundheit.de](mailto:presse@buerger-initiative-gesundheit.de)

*(freigegeben zur Veröffentlichung)*  
[www.buerger-initiative-gesundheit.de](http://www.buerger-initiative-gesundheit.de)